

Salm wird verhandelt sein und die Auf im Stalle, der Pflanz im Bette und auf den Tisch kommt vorgeschrieben Brot.
Wir überreichen nicht. Die Zahlen, die wir nannten, kommen aus der Statistik des früheren Finanzministers Schiffer über die Kriegskosten und aus dem Bude, das den eingebundenen Titel trägt "Bedingungen des Friedens". In Teil VIII Artikel III und folgende kann sie jeder nachlesen. Er wird dort noch manches finden, was hier nicht erwähnt wurde. Wenn von der beabsichtigten Verzinsung von Deutschland gesprochen wird, so ist das keine der Forderungen, wie sie von aufgeregten Beuten in die Wägen geworfen werden, so ist das auch kein Ausfluß des "Neu-Nationalismus", gegen den sich eine besondere Seite auf offiziellem Zeitungspapier wenden zu müssen glaubte, nein, der Beweis läßt sich rechnerisch führen. Jeder mag sich überlegen, was ihm von Freiheit noch bleibe, wenn er, schlecht berechnet, sieben Achtel seines Einkommens weggeben müßte. Es bliebe ihm nur die Freiheit zum Verlangen. Solche Bedingungen kann nur der Wahnsinn diktieren. Man kann, wie wir ja gesehen haben, in den letzten vier Jahren, 75000 Menschen im Wege der Hungerkriege vom Leben zum Tode bringen, nicht aber 80 Millionen. Das ist unmöglich, der Leidensgeruch würde, wie schon gesagt wurde, doch zu intensiv. Er würde auch nicht mehr als "Autrazin" sein, wie man in England einst glaubte. Einziger ist möglich; man kann eine große Bevölkerung im letzten Verfahren langsam dezimieren. Dafür ist der historische Beweis von den Engländern erbracht worden, denen es gelang, in im Laufe von 40 Jahren die Bevölkerung in Irland von acht auf vier Millionen Seelen herabzubringen. Und genau so würde es dem deutschen Volk gehen. Selbstverständlich wird dem Einzelnen sein Verdienst nicht einfach weggenommen werden, die Verhältnisse werden aber, wenn dieser Vertrag ohne grundlegende Änderungen unterzeichnet wird, so sein, daß wer nicht hungern will, fort muß aus Deutschland auf irgend einem Wege, der noch offen ist, und irgend wohin, wo noch Platz ist und die Aussicht, sich nützlicher durchzuschlagen. Es geht für das deutsche Volk keine Rettung, wenn ein Vertragsinstrument unterzeichnet wird, das auch nur annähernd solche Bedingungen enthält.
Was aber, wenn wir nicht unterzeichnen? Dann wird uns die Wahl genommen, dann froht der Feind, dann auch es sein Vize mehr, dann droht Schlimmes. Noch immer bleibt uns dann aber die Hoffnung, daß auch ein Clemenceau es nicht wagen kann, in vierzehn Tagen oder höchstens vier Wochen ein Volk in die Verzweiflung zu treiben. Nehmen wir an, dann sind wir schon im Vorhof der Dürre, aus der es keine Rückkehr zum Wohl gibt. Aber der Völkerverbund? An ihn soll er schon die Durchführung solcher Bedingungen auf weite Strecken anzuweisen machen. Das mag sein, aber der Völkerverbund ist ein Teil dieses Vertragswerkes, wie ein anderer, wie der vornehmliche Teil VIII auch. Außerdem sind wir durch die Unterzeichnung noch nicht zu Wühlern dieses Bundes geworden. Was bedeutet uns aber zu dem Glauben, daß, wenn wir unterschreiben, die Wilsonschen Forderungen verwirklicht werden, die Entschädigungsbedingungen oder nicht? Wilsons Satzungen sind in dem Vertrag nur andeutungsweise enthalten, sie sprechen vom großen Teil noch in der Luft, in jener Luft, in die die deutschen Alliierten ihre Schritte zu bauen pflegen. Wenn der Völkerverbund wirtschaftlich werden soll, dann kann das nur geschehen, wenn Deutschland daran mitarbeitet. Ein Deutschland aber, dem der Abbruch der Vertragsbedingungen aus dem Mund wurde, ist keines mehr, und mit ihm ist auch der Völkerverbund abgelehnt. Sowohl, auch um des Völkerverbundes, um des Völkerverbundes willen können wir, dürfen wir diesen Vertrag nicht unterschreiben.

Brodorffs Stellung zum Friedensvertrag.

(Von unserem Pariser Sonderberichterstatter.)
Paris, 21. Mai. Um alle den lächerlichen Gerüchten, die sich an Brodorffs Name nach Spa und seine Rückkehr nach Versailles knüpfen konnten, vorzubeugen, und die bereits in die Welt gestreuten tendenziösen Nachrichten zu entkräften, sei folgendes erklärt:
Brodorffs Reise nach Spa hat ergeben, daß zwischen der Delegation und dem Berliner Kabinett hinsichtlich der Beurteilung des Friedensvertrages vollkommene Einmütigkeit herrscht. Ein Friede auf der Grundlage des Clemenceaus überreichten Vertrages ohne Abänderung ist nicht möglich. Es handelt sich bei den Verhandlungen in erster Linie nicht darum, festzustellen, ob der Friede zu unterzeichnen ist oder nicht auf dieser Grundlage, sondern festzustellen, was geschehen soll, um die Feinde zu überzeugen, daß ein solcher Friede kein Friede sein würde, daß Mittel und Wege zu finden sein müßten, Verhandlungen im Einzelhand mit den Feinden herbeizuführen. Vor allem muß der irigen Ansicht widersprochen werden, Brodorff sei, wie die feindliche Presse behauptet, ein unwiderlicher Anhänger und Verehrer der Unterzeichnung des Friedens auf Clemenceauscher Grundlage. Unter Beobachtung wird Dienstag oder Mittwoch überreicht werden. Man will nicht bis zum letzten Tage der Frist warten.
Berlin, 21. Mai. Wie aus Spa gemeldet wird, ist Reichsfinanzminister Debus in Spa zurückgeblieben.
Paris, 21. Mai. Die deutschen Friedensdelegationen Reichsminister Graf Brodorff, Hanfau, Reichsjustizminister Dr. Vossberg, Reichspostminister Wissler, Reichsfinanzminister Veitner und Professor Dr. Schmüdgen sind heute 12 Uhr aus Spa wieder in Versailles eingetroffen. Dr. Reichert ist zumeist finanzieller Berichterstattung nach in Spa geblieben.

Die kolonialen Fragen Deutschlands.

Berlin, 21. Mai. Die kolonialen Fragen beim Friedensschluß waren Gegenstand einer Sitzung, die heute nachmittag unter dem Vorsitz des leoben von Spa zurückgekehrten Ministers Dr. Veitner und in Anwesenheit zahlreicher Vertreter des Reichswirtschaftslebens, vor allem auch langjähriger Anhänger aus den Schutzgebieten selbst, im großen Saal des Reichsministeriums stattfand. Dr. Veitner gab ein Bild von den Verhandlungen in Spa. Geh. Rat Dr. Ruppel, der aus Versailles eingetroffen war, berichtete über die dortige Lage. Im Verlaufe der längeren Aussprache, an der u. a. der Gouverneur von Südwestafrika Dr. Zeyl teilnahm, kam die Entschiedenheit, Deutschlands kolonialen Rechtsanspruch auf der klaren Grundlage des Wilson Programms bis zur letzten Stunde mit allem Nachdruck zu verteidigen, in hartem und einmütigen Ausdruck. Die kolonialen Forderungen bildeten einen integrierenden Bestandteil der deutschen Gegenentwürfe auf die Entente. Minister Dr. Veitner erklärte, daß er sich für den Fall, daß es zu sachlichen Verhandlungen mit den Gegnern kommen sollte, jeden Augenblick bereit halte, mit einem erweiterten streifen kolonialer Sachverständiger nach Versailles zu fahren.

Ein Umfall der Reichsregierung?

(Sonder-Präsidium der "Dresdn. Nachrichten".)
Berlin, 21. Mai. Ein Berliner Mittagsblatt meldet: Das Kabinett hatte sich in der vergangenen Woche bereits darüber auf eine Ablehnung der Friedensbedingungen geeinigt, daß selbst aus Kreisen der deutschen Delegation Redenden dagegen laut wurden. Aus der jüngsten Rede Schreinemakers hat man nicht mit Unrecht eine neue in zwischen erfolgte Schwertung herausgelesen. Wie heute von einer Seite, die als sehr gutunterrichtet gelten darf, mitgeteilt wird, hat der Reichsminister Bissell bereits in der Sitzung des Friedensauschusses vom vorigen Sonnabend in seiner großen Rede die veränderte Haltung des Kabinetts in ungewohnter Weise zum Ausdruck gebracht, doch wurde gerade dieser bedeutsamste Teil seiner Ausführungen nicht veröffentlicht.

Der unterschlagene Hindenburg-Erlaß.

Das deutsche Friedensangebot auf Grund der 14 Punkte hatte der Entente Gelegenheit gegeben, in später noch oft wiederholter Weise die angebahnten Verhandlungen zur schrittweisen Erhöhung ihrer Forderungen auszunutzen. Im Verlauf dieses Notenwechsels war es am 20. Oktober so weit gekommen, daß Wilson ausbrach, nur ein Waffenstillstand komme in Frage, der eine Erneuerung der Verhandlungen deutschfeindlich umgibt. Also erst Entwöhnung — dann Unterhandlung! Am 26. Oktober erging folgender Erlaß Hindenburgs:

"Die Antwort Wilson fordert die militärische Kapitulation. Sie ist deshalb für uns undenkbar. Die 14 Punkte, die der Versammlung unterer Heinde, der 1914 den Krieg entfesselte, unvermindert fortsteht. Sie ist ferner der Beweis, daß unsere Feinde das Wort Rechtsfrieden nur im Munde führen, um uns zu täuschen und unsere Widerstandskraft zu brechen. Wilsons Antwort kann daher für uns Soldaten nur die Aufforderung sein, den Widerstand mit aller Kraft fortzusetzen. Wenn die Feinde erkennen werden, daß die deutsche Front mit allen Opfern nicht zu durchbrechen ist, werden sie zu einem Frieden bereit sein, der Deutschlands Zukunft gerade für die breiten Schichten des Volkes sichert."

Es ist also klar, daß Hindenburg am 25. Oktober über das Verfahren dachte, und zu entnehmen, und dann zu verhandeln, dessen Wirkung Deutschland jetzt verspürt. Besonders hervorzuheben ist Hindenburgs Ueberzeugung, daß bei Fortführung des Widerstandes, bei Aufrechterhaltung der Disziplin und der Ordnung ein anderer Friede eingetreten wäre, wie er jetzt Deutschland auferlegt wird.

Der Hindenburg-Erlaß war bereits bei den Kommandostellen der Truppen zur Befanntgabe an diese erledigt, als die Anordnung der Berliner Regierung kam, ihn nicht weiterzugeben. Wer eigentlich die Anordnung veranlaßte, ist noch nicht völlig geklärt. Das darf aber nicht weiter verbreitet werden. Am 1. November forderte jedenfalls Oberst "Friede um jeden Preis!" Dann kamen Kiel und Berlin. Am 9. November brachte Hindenburg eine Verfügung an das Feldherren, in der er auf die Umwälzung der politischen Zustände in der Heimat hinarbeitete, und so dann fortfuhr:

Die an ihrer Spitze stehenden Männer erklären, daß Ruhe und Ordnung unter allen Umständen aufrecht erhalten werden sollen. Dies gilt in erhöhtem Maße für das Meer. Keiner darf seine Truppe ohne Befehl verlassen. Jeder hat wie bisher seinen Vorgesetzten zu gehorchen! Zu beachten ist hier, wie geküßelt das Wort "erklären" einen leichten Zweifel durchscheinen läßt, der sich in der Folge als nur zu gerechtfertigt erwies.

Drohung der englischen Arbeiter.

Vant "Voss. Jg." drahtet der Londoner Berichterstatter der Kopenhagener "Politiken": Der Vollausgleich des englischen Gewerkschaftsalltags überreichte Bonar Law eine vom Dreibern der Bergarbeiter, Eisenbahn- und Transportarbeiter angenommene Entschädigung, die die Aufhebung der Intervention in Russland, der Deeresenderufung und der Lodge gegen Deutschland fordert. Der Dreibern droht mit dem Generalstreik, wenn diese Forderungen nicht erfüllt werden. Die Antwort Bonar Law wird nicht als befriedigend erachtet. Der Arbeitsminister Sir Robert Morley reiste nach Paris, um mit Lloyd George über die Lage zu verhandeln.

Die französisch-italienischen Wählerereien in der Pfalz.

Berlin, 21. Mai. (Ein. Drahtmeldung.) Der Regierungspräsident der Pfalz, v. Winterstein, ist nacheinander von den französisch-italienischen Besatzungstruppen über den Rhein abgedrückt worden. Wie eine Berliner Zeitung aus Ludwigshafen erfährt, sind sämtliche pfälzischen Beamten von den französisch-italienischen Besatzungstruppen ausgetrieben worden. Der gesamte neuen Regierung der selbständigen Republik Pfalz, die aus der Mitte der Pfälzischen Herren gebildet werden soll, den Treueid zu leisten. Sämtliche Beamte, mit Ausnahme des Oberpostdirektors Gräser in Speyer, der schon von Anfang an mit den französisch-italienischen Behörden verkehrt hat, wollen einen solchen Treueid verweigern und sind entschlossen, allen solchen Ansinnen energigsten Widerstand entgegenzusetzen.

Berlin, 21. Mai. Wegen die bekannte politische Umtriebe und Gewalttakte der feindlichen Militärbehörden in Vandau (Pfalz) hat Reichsminister Gerberg am 21. Mai angeordnet, in Spa Protest einzulegen und Aufklärung zu verlangen, auch über die inzwischen gemeldete Verhaftung des Pfälzer Regierungspräsidenten v. Winterstein. Nach sie sich bekümmern sollte und das Vorgehen des Generals Gerard gegen die deutschsprachigen Beamten der Pfalz werden sie der Gegenstand energischer deutscher Schritte werden.

Kriegsbeschädigte voran.

Berlin, 21. Mai. (Amtlich.) Am 21. Mai 2 Uhr nachmittags wurde eine von dem Spandauer Heeresbereich einberufene öffentliche Versammlung im Luftgarten aufgelöst, weil sie nicht vorher an der zuständigen Stelle angemeldet worden war. Nachdem die Menge lebhaft schimpfend auseinandergegangen war, bildete sich hinter den Linden ein neuer Demonstrationzug, dem Kriegsbeschädigte vorausgeschickt wurden. Er wurde ebenfalls aufgelöst. Dabei wurden einige Schreckkühle abgegeben werden.

Landung italienischer Truppen in der Türkei.

Amsterdam, 21. Mai. Einer Radiomeldung aus New York zufolge wissen die amerikanischen Blätter von einer im Riezerrat herrschenden Unklarheit Mitteilungen zu machen. Die Depesche enthält, daß italienische Truppen ohne Wissen der Konferenz in der Türkei gelandet sein sollen. Wie Associated Press meldet, wollen Großbritannien, Frankreich und die Vereinigten Staaten gemeinsam Italien ersucht haben, sich darüber zu erklären. Wie die amerikanischen Blätter bemerken, scheinen die Italiener die Absicht zu haben, auf eigene Faust ihre Interessen wahrzunehmen.

Eine Denkschrift für die Rückkehr des Kaisers.

Berlin, 21. Mai. (Ein. Drahtmeldung.) Der Alldeutsche Verband hat an die Leitungen der Deutschnationalen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei die Bitte gerichtet, in der Nationalversammlung und in der Preussischen Landesversammlung den feierlichen Antrag zu stellen, Kaiser Wilhelm II. zur Rückkehr ins Reich einzuladen, und die Vereinigten Staaten Deutschlands einzuladen, ihm im sicherer und würdiger Aufenthalt zu gewähren sei. Diese Anregung ist hauptsächlich mit dem Erwünschten deutscher Ehre begründet und mit dem Hinweis darauf, daß Kaiser Wilhelm auch nach seiner Abdankung deutscher Reichsangehöriger geblieben sei, dem der Staat des Reiches gebühre. Der Alldeutsche Verband führt in seiner Denkschrift aus, daß die Gemahlin des Kaisers und der Kronprinz in gleicher Weise zur Rückkehr ins Vaterland eingeladen werden sollen, und weist noch darauf hin, daß ein solches Verfahren die Zustimmung aller vaterländisch Gesinnten finden würde.

Der holländische Justizminister bei Kaiser Wilhelm.

Wafel, 21. Mai. "Morning Post" meldet aus Amsterdam: Der holländische Justizminister wollte in der letzten Woche in Amersongen. Es bestätigt sich, daß ein Schritt der Entente erfolgt ist, der sich gegen eine Rückkehr des Deutschen Kaisers aus Holland nach Deutschland vor Unterzeichnung des Friedensvertrages richtet.

Das Programm deutscher Gemeinwirtschaft.

Vor einigen Tagen wurde mitgeteilt, daß das Reichswirtschaftsministerium an das Gesamtministerium eine umfassende Denkschrift gerichtet hat, in der es die Planlosigkeit der gegenwärtigen Wirtschaft durch Vereinheitlichung und Organisation des deutschen Wirtschaftslebens abzuheben anregt. Die "Voss. Jg." ist in der Lage, über den Inhalt dieser Denkschrift nähere Mitteilungen zu machen. Sie stellt, wie es heißt, den Versuch dar, die deutsche Reichsregierung zu einer aktiven Wirtschaftspolitik anzuregen. Sie beginnt mit einer schonungslosen Kritik an dem bisherigen fatalen Verhalten des Kabinetts. Im besonderen wird die Zieltheit der Behörden befragt, die sich seitens in die Bearbeitung wirtschaftspolitischer Fragen teilen: Reichswirtschaftsministerium, Reichsministerium des Innern, Reichsfinanzministerium, Reichsjustizministerium, Reichsarbeitsministerium, Reichsverkehrsministerium und Reichshandelsministerium. Im Rahmen einer ausführlichen Schilderung der schwierigen Wirtschaftslage, in die Deutschland durch den Krieg gelangt ist, wird u. a. mitgeteilt, daß Deutschland, abgesehen von allen Entschädigungen, die ihm noch auferlegt werden sollen, verliert jetzt

dem Ausland über 15 Milliarden Schmelz.

Den Wert der Mengen an Nahrungsmitteln und Rohstoffen, die, wenn Deutschland überhaupt wieder eine lebensfähige Wirtschaft entwickeln soll, in den ersten zwei Jahren nach Friedensschluß unbedingt eingeführt werden müssen, schätzt der Reichswirtschaftsminister auf 40 bis 50 Milliarden. Die zur Bewältigung der ungeheuren wirtschaftlichen Aufgaben notwendige Kraft kann Deutschland nur aus einer vollkommenen Neugestaltung der Wirtschaft schaffen. "Nach Deutschland sich nicht zu einer klaren und völlig einheitlichen Wirtschaftspolitik entschließt, ist die Gefahr einer völligen Verfallung oder Verfallung der deutschen Wirtschaft unabwendbar. Dann würde es keinen anderen Ausweg mehr geben als den, daß ein großer Teil der deutschen Bevölkerung auswandert, wo er im unabweislichen

Kampfe aller gegen alle

zu Grunde geht. Das vernünftige Volk wird tödlich, wenn es nicht geklärt wird. Wir brauchen ein festes und klares Wirtschaftsprogramm, damit dem unheimlichen Drängen eine Richtung gegeben wird, damit jeder sich auf das Einzige kann, was die nächste Zukunft bringen soll... Dazu muß sich endlich mit beiden Händen und mit beiden Füßen der Gemeinwirtschaft stellen. Die neue wirtschaftliche Ordnung soll sich nach den Auffassungen des Reichswirtschaftsministers "von unten her" auf den vorhandenen Vereinigungstendenzen der produktiven Bevölkerung aufbauen. Erstes Ziel muß also sein.

sachliche Wirtschaftskorruption

— jeweils aus Unternehmern und Arbeitern, Kaufleuten und Unternehmern zusammengeleitet — zu bilden. Die Gesamtheit dieser Wirtschaftskorruptionen, die als sachliche Selbstverwaltungskörper auszubilden wären, würde neben den regionalen gewählten Vertretern in einem Reichswirtschaftsrat zu vereinen sein.

Die Reorganisation

ist sofort durch ein besonderes Reichsgefes, noch vor Verhandlung der Versassung, ins Leben zu rufen. Ihr Mittelpunkt soll die sachliche Organisation sein, die von den aus den Sachgruppen der Arbeitsgemeinschaft zu entwickelnden Wirtschaftsverbänden zu rechts- und geschäftsfähigen Wirtschaftswerkverbänden hinabsteigen. Die sachlichen und die zusammengeführten Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände bilden gemeinsam den Reichswirtschaftsrat als oberstes Organ der deutschen Gemeinwirtschaft.

Neben der gemeinwirtschaftlichen Regelung der Roh- und Halbwirtschaft wird unverzüglich eine gemeinwirtschaftliche Regelung der Elektrizitätsversorgung und des Betriebes der Weidewirtschaft in die Wege geleitet.

Reichsvermögensbank

Die gemeinwirtschaftliche Verwaltung aller in den Händen des Reiches liegenden oder in seine Hand gelangenden gemeinwirtschaftlichen Beteiligungen ist einer besonderen Reichsvermögensbank zu übertragen. Diese Reichsvermögensbank verwalte auch einen Reichsfonds in Höhe von mehreren Millionen, der den Zweck hat, die deutsche Witterzeugung, insbesondere durch Erteilung von Reichsaufträgen, zu fördern. Von den Gewinnen sollen die aus diesem Fonds mit Aufträgen beauftragten Betriebe drei Viertel des Betrags der eine Veranlassung von 5 Prozent des Stammkapitals und der Restierung übersteigenden Beträge wieder an den Reichsfonds abzuführen. Von diesen Gewinnenbeträgen sind zwei Drittel zur Förderung der Witterzeugung, ein Drittel zur Förderung sozialer Arbeiten des Reiches (u. B. Erhöhung der Invalidenrenten, Einführung einer Reichsmutterschaftversicherung usw.) zu verwenden.

Turkisch

Weseg über den Arbeitsfrieden soll zunächst auf ein Jahr für die "betriebliden" Betriebe die Ausübung des Streikrechts auf gewisse Voraussetzungen gestreift sein. Einem Streikverbot für Arbeitsfrieden wird die obligatorische Vermittlung bei angelegtem Streik übertragen. Verfährt sich die Vermittlungssache, so darf nur dann gestreikt werden, wenn neun Nehtel aller Arbeiter eines Betriebes in einer geheimen Abstimmung ihre Stimme für den Streik abgegeben haben.

Polnische Unberücksamtheit.

Berlin, 21. Mai. Der Oberste Volksrat in Polen hat, wie jetzt bekannt wird, einen Aufruf erlassen an die Bevölkerung der Gebiete, die nach dem von der Entente angehefteten Entwurf eines Friedensvertrages dem polnischen Staat zugeteilt werden sollen. In diesem Aufruf wird den Teilen des polnischen Staates als von polnischen Landestheilen gesprochen, die bisher noch nicht von polnischen Händen befreit seien. Es wird an die Bewohner dieser Landesteile nicht nur eine Warnung vor Akten der Gewalt, Wiberkennung, des Ungehorsams usw. ergeht, sondern es wird auch eine "Wahrauna" um, erweist, sondern es wird auch die polnische Staatsregierung weist diesen Aufruf als einen unethischen Uebergriff energigst zurück. Die Gebiete, die er im Auge hat, sind Teile des polnischen Staates, die von den polnischen Staatsbürgern, die von keiner fremden Stelle aus Warnungen oder Strafandrohungen entgegennehmen haben. Das sogenannte Urteil der Friedenskonferenz, auf das sich diese fremde Stelle als Rechtsgrundlage beruft, ist nichts als ein einseitiger Vorschlag einer Partei, dem jede Rechtsverbindlichkeit fehlt. Die polnische Staatsregierung fordert ihre Bürger auf, sich nur nach dem vorkühend von ihr aufgestellten Grundsatzen zu richten.

Wertwärtige Verrückung einer Mandats-Überlegung.

Der Vertreter des Wahlkreises Oppeln, der Parlamentarier Reuber, hat sein Mandat zur polnischen Landesversammlung niedergelegt. Er begründet seinen Schritt damit, daß er seinen Wohnort in einem Orte habe, der nach den Friedensbedingungen an Polen abgetreten werden soll. Herr Reuber an Polen abgetreten werden soll. Herr Reuber wünscht deshalb, daß das Mandat von Dr. Zimmer, dem früheren Vertreter, dessen Wohnort bei Preußen verbleibe, übernommen werde. Wertwärtig ist bei dieser Begründung, daß Herr Reuber die Forderungen der Entente schon jetzt anerkennt und sich bereit als polnischer Untertan stellt. Welchen Eindruck würde es im Auslande machen, wenn alle Abgeordneten der bedrohten Gebiete ihre Mandate niederlegten, weil die Entente ihre Wahlkreise von Preußen abtrennen will. Es ist Pflicht gerade der Volksvertreter, bis zum letzten Augenblicke Deutschlands gutes Recht zu verteidigen.